



Ausser Kontrolle
Ex-Chef Pierin Vincenz konnte bei Raiffeisen schalten und walten, wie er wollte.

Raiffeisen braucht einen Neuanfang

Jede und jeder im Stadion hat das Foul gesehen, nur der Schiedsrichter braucht die Videoaufzeichnung, um sich zu überzeugen, dass etwas krumm gelaufen ist. Etwa so verhält sich die Finanzmarktaufsicht (Finma) im Fall Raiffeisen. Die Probleme bei der drittgrössten Bank im Land sind seit Jahr und Tag bekannt, doch die Aufsicht ignorierte sie. Erst als wegschauen nicht mehr ging, eröffnete sie im letzten Herbst ein Untersuchungsverfahren.

Die nun vorliegenden Ergebnisse lassen aufhorchen: Der Verwaltungsrat unter dem inzwischen geschassten Präsidenten Johannes Rüegg-Stürm war überfordert und nahm seine Aufsichtspflichten nicht wahr. Ex-Chef Pierin Vincenz wickelte halbprivate Deals ab, die gegen alle Regeln der guten Unternehmensführung ver-

Das meint Blick



stiessen – und womöglich strafbar sind.

Mit all dem hat die Finma recht, doch die Erkenntnisse kommen zu spät. Und die Folgerungen gehen zu wenig weit. Wie Vincenz zu seinen Aktivitäten paktet sie nun auch dessen Nachfolger Patrik Gisel mit Samthandschuhen an. Das ist unverständlich, denn als Vincenz' treuer Gefolgsmann sass Gisel in den Verwaltungsräten jener Firmen, um die es in den kritisierten Deals geht.

Teile der Raiffeisen-Basis gehen da weiter. Sie fordern einen Neuanfang, der diesen Namen auch verdient. Dem kann man nur zustimmen.

Raiffeisen-Krise: Genossenschaft ausgedient?

Bankkonzernen eigentlich undenkbar. **Hat die Umwandlung in eine AG bei den Genossenschaftebern überhaupt eine Chance?** Nicht heute oder morgen, aber die Genossenschafte werden sich an den Gedanken gewöhnen müssen. Bis anhin war die Genossenschaftsstruktur eine rote Linie, doch das wird sich nicht zuletzt wegen der Intervention der Finma nun ändern. Die Finma spielt den Ball jetzt Raiffeisen zu, damit es auch emotional zu einer Enttabuisierung dieser Thematik kommt. Ich befürworte bei Raiffeisen seit zehn Jahren,

dass die Genossenschaften in AG umgewandelt werden. **Wäre auch eine Mischform denkbar?** Statt einer eigentlichen Umwandlung könnte ich mir aber auch vorstellen, dass zumindest die Kleinbanken als Genossenschaften bleiben, hingegen nicht die St. Galler Muttergesellschaft. **Was würde eine Neustrukturierung denn für die Kunden bedeuten?** Sie würde es nicht merken, für sie wäre es weder positiv noch negativ. Viele Kunden fühlen sich jedoch emotional stärker mit einer «lieben» Genossenschaft verbunden als mit einer «bösen» Aktiengesellschaft. **Interview: Sven Zaugg**

POLITIK & WIRTSCHAFT

Mehr Streiktage

Zürich – Im letzten Jahr kam es zu elf Arbeitsniederlegungen mit 455 Beteiligten nach acht Streiks mit 2181 Streikenden im Vorjahr. Trotz der deutlichen Abnahme der am Streik beteiligten Personen hat sich die Zahl der mit der Arbeitsniederlegung ausgefallenen Arbeitstage von 1004 im Vorjahr auf 3578 Tage erhöht, so das Bundesamt für Statistik.

Euro unter 1.16 Franken

Frankfurt am M. (D) – Die Europäische Zentralbank EZB belässt den Leitzins auf einem Rekordtief von 0,0 Prozent, stellt aber ein Ende der Anleihenkäufe in Aussicht. Darauf rutschte der Euro unter die Marke von 1.16 Franken.

Büttiker ist neuer Ombudsmann

Zürich – Alt Ständerat Rolf Büttiker (67) amtiert ab 1. Juli als neuer Ombudsmann der Schweizer Fleischwirtschaft. Diese Instanz wurde im April 2015 ins Leben gerufen, nachdem der BLICK den Carna-Grischa-Skandal aufdeckte.

Börse & Devisen

| | |
|-----------|-----------------|
| SMI | 8690.8 (+0.7%) |
| DOW JONES | 25175.3 (-0.1%) |
| EURO/CHF | 1.16 |
| USD/CHF | 0.99 |
| GOLD | 41692 Fr./kg |
| ERDÖL | 76.19 \$/Fass |

Postauto-Bschiss

Bund, Kantone und Parlamentarier fordern Post soll die volle Rechnung begleichen

Postauto wird jeden geschuldeten Franken zurückzahlen.» Das versprach Postpräsident Urs Schwaller (65) am Montag. **Um wie viel es dabei geht, ist aber umstritten.** Das Bundesamt für Verkehr (BAV) geht von 78 Millionen Franken aus, die die



Postpräsident Urs Schwaller.



FDP-Nationalrat Thierry Burkart.

Posttochter zwischen 2007 und 2015 mit Buchungstricks von Bund und Kantonen erschlichen hat. Die von der Post eingesetzten Experten kommen hingegen auf eine andere Summe: 90,9 Millionen.

In Wahrheit dürfte es noch viel mehr Geld sein. Denn wie Schwaller am Montag auch sagte, hat der Bschiss am Steuerzahler schon viel früher begonnen, «wahrscheinlich vor dem Jahr 2000». **Ob dieses Geld an Bund und Kantone zurückgezahlt wird, ist aber unsicher.** Rein rechtlich ist die Verjährungsfrist von zehn Jahren verstrichen.

Ausgerechnet ein Anwalt stellt diese Begründung nun in Frage. «Es stellt sich die Frage, ob es reicht, wenn die Post nur zurückzahlt, was sie zwischen 2007 und 2015 ertrickt hat»,

findet der Aargauer FDP-Nationalrat Thierry Burkart (42).

Er fordert, dass die Post unabhängig von der Verjährungsfrist für den gesamten Schaden aufkommt, und hat gestern einen entsprechenden Vorstoss eingereicht. **«Die Post sollte sich als staatliches Unternehmen, das gegenüber Bund und Kantonen eine gesteigerte Verantwortung hat, nicht nur an der juristischen Verjährung orientieren»,** sagt er.

Burkart ist nicht der Einzige, der eine weitergehende Rückzahlung fordert. Auch das BAV, das den Postauto-Bschiss im Februar aufgedeckt hat, denkt in diese Richtung. «Das BAV überlegt, ob es auch für die Jahre vor 2007 entsprechende Rückzahlungen einfordern wird», bestätigt Sprecher Gregor Saladin.

Und auch die Kantone wollen sich nicht abspesen lassen. Die Konferenz der kantonalen Verkehrsdirektoren steht deswegen in engem Kontakt mit dem BAV. Der Berner Regierungsrat Christoph Neuhaus (52) dürfte für viele seiner Kollegen sprechen, wenn er sagt: **«Es gibt nicht nur eine juristische, sondern auch eine moralische Verantwortung.** Für mich ist klar: Zu Unrecht bezogene Steuergelder müssen zurückgezahlt werden.»

Muss die Post jetzt nochmal über die Bücher, um herauszufinden, ab wann genau getrickt und um welche Summe der Steuerzahler gebracht wurde? Und ist das überhaupt möglich? Viele Dokumente von damals dürften längst vernichtet sein.

«Sicher wäre es zu viel verlangt, die Vorjahre minutiös zu prüfen», gibt sich Burkart kulant. Aber: **Mit einer Hochrechnung aufgrund der zwischen 2007 und 2015 unrechtmässig bezogenen Subventionen könnte eine plausible Summe benannt werden,** meint er. Eine andere Möglichkeit wäre, dass Bund und Kantone mit der Post verhandeln, wie viel für die Jahre vor 2007 fällig ist. **Sermün Faki**

Die Schützen nehmen sich gegenseitig ins Visier

«Weichspüler» gegen «Extremisten»

H heute wird der Nationalrat das neue Waffengesetz in der Schlussabstimmung gutheissen. In trockenen Tüchern ist die Schweizer Variante der EU-Waffenrichtlinie aber noch nicht. In der Herbstsession werden Gegner und Befürworter im Ständerat verbal aufeinander losballern.

Doch auch dann ist noch nicht Schluss. Denn die Waffenlobby um Pro Tell wird das Referendum ergreifen. **Mit an Bord ist die Sifa, die Vereinigung «Sicherheit für alle» unter Präsident Andreas Glarner (55). Und der Aargauer SVP-Nationalrat schießt bereits jetzt scharf.**

Die Sifa startet heute mit einem Video im Stil der Entwaffnungs-Initiative 2011 ihre Referendumskampagne. Ein südländisch aussehender Mann richtet eine Pistole auf den Zuschauer – und drückt ab. Der Slogan dazu: «Waffenmonopol für Kriminelle? Entwaffnungs-Diktat der EU Nein.»

Ein Schreckschuss für die anderen Waffenfans. «Das geht für uns gar nicht!», sagt Stefan Hohenstein (56), Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft. **«Ein solches Video trägt rein gar nichts zur Versachlichung und zum besseren Verständnis der hoch emotionalen Debatte bei – ganz im Gegenteil: Das ist kontraproduktiv!»**

Auch Werner Salzmann (55), SVP-Sicherheitschef und Präsident des Berner Schiesssportverbands, findet: «Das Video wird uns kaum helfen.» Auch wenn es die Probleme der neuen Waffenrichtlinie auf den Punkt bringe: «Wenn man alle legalen Schützen unter Gene-

ralverdacht stellt und entwaffnet, profitieren am Schluss die Kriminellen. Deren Waffen stehen nämlich in keinem Register, neue Richtlinie hin oder her.»

Pro-Tell-Chef Jean-Luc Addor (54) teilt die Botschaft des Videos ebenfalls. Aber der Walliser SVP-Nationalrat, der selber als unzweifelhaft gilt, sagt: «Es entspricht nicht dem Stil von Pro Tell.»

Sifa-Präsident Glarner ist diese Kritik egal. Er steht voll hinter dem Startclapf seiner Truppe fürs Referendum. **«Die anderen sollen doch ihre Weichspüler-Geschichten fahren. Wir machen die, bei denen man drauskommt.»**

Ihm ist auch einerlei, dass Querschüsse vor Referendumsstart kein guter Start für eine breite Allianz sind. Dabei bräuchte es die für einen erfolgreichen Abstimmungskampf.

Offiziere, Schützen, aber auch SVP und Auns lassen es bis im Herbst offen, ob sie in den Referendumskampf steigen. Eine Kampagnenführung der Sifa oder von Pro Tell wäre für Schützen und Offiziere ein No-Go. Offizier Hohenstein kritisiert nicht nur das Sifa-Video, sondern auch die «teilweise unverhältnismässigen, extremen» Forderungen von Pro Tell. «Die haben der Sache bisher eher geschadet als genützt.»

Salzmann fände es wie Hohenstein am sinnvollsten, wenn die Interessengemeinschaft Schiessen Schweiz (IGS)



die Kampagne führt – ein Dachverband, der alle wichtigen Partner einbindet.

Pro-Tell-Chef-Addor gibt sich dementsprechend kompromissbereit. An der nächsten Sitzung Ende Juni werde Pro Tell nicht à tout prix die Führung beim Referendum fordern.

«Wir müssen zusammenstehen, wenn wir die neuen Bestimmungen versenken und die Rechte und Freiheiten der Schweizer bewahren wollen.» **Andrea Willi-**

mann



Alte Knarre

Mit einem Sujet aus dem Kampf gegen die Entwaffnungsinitiative von 2011 setzt die Sifa auf die Angst-Karte.